

Verzettelt, abgelenkt, trashig und wortakrobatisch

Der Auftritt von Patrick Frey in der Kunsthalle Appenzell war eine wohlthuende Herausforderung

Viele Nummern in Patrick Freys Soloprogramm «Wo bini gsi» sind deftig und makaber. Er mutete dem Appenzeller Publikum am Samstag einiges zu. Es war nach gut zwei Stunden erschöpft vom Zuhören, Mitdenken und vor allem vom Lachen. Die Kulturgruppe Appenzell hat mit der Einladung des Künstlers für ein einzigartiges Comedy-Feuerwerk gesorgt.

Monica Dörig

Patrick Frey kann auf der Bühne tüchtig «sirachen», er greift mal nach unteren Schubladen, schimpft und regt sich auf und streut dazwischen kluge Gedanken. Solche hochkarätigen Herausforderungen mag das Publikum: Es flossen Lachtränen und der Muskelkater in der Bauchdecke schnurrte.

Patrick Frey arrangiert seine Nummern sehr gut kalkuliert, ohne den ausgeleiterten roten Faden, oft haarscharf an der Grenze des Erträglichen und des guten Geschmacks. «Hauptsache, es ist lustig» lautet sein Leitsatz, dann dürfe man sich auch an heikle Themen wagen. Selbstironie und zynisch gefärbte Tiraden gehören dazu und die Einbindung des Publikums mittels Voting und Befragung.

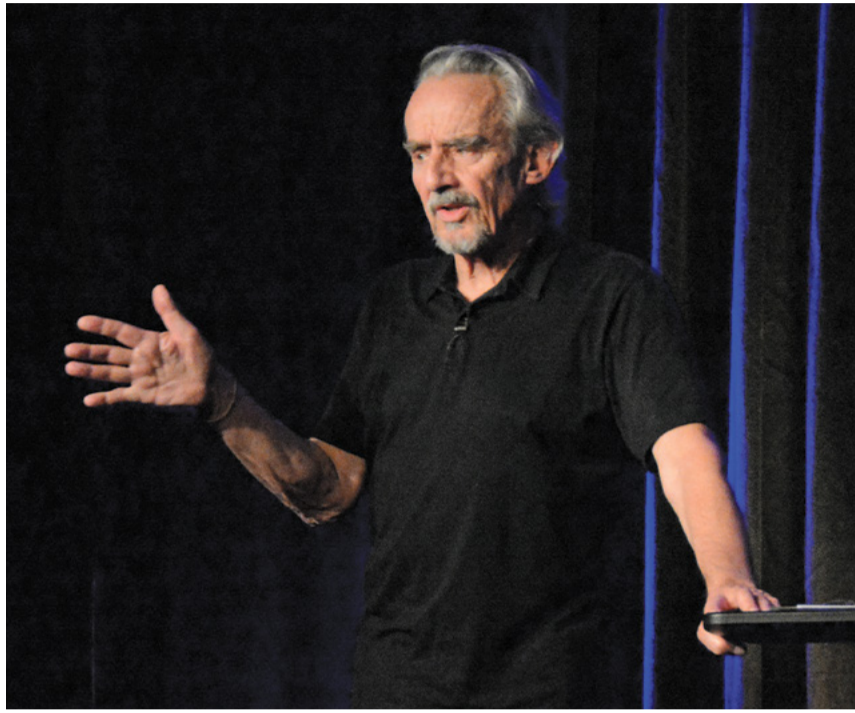
Am Samstagabend stieg er ziemlich makaber ein in sein zweites Soloprogramm als Stand-up-Comedian. Das Publikum im

ausverkauften Bühnenraum konnte abstimmen, welche der Bundesrätinnen und Bundesräte man sich als Sterbebegleitung wünscht. Zum Erstaunen etlicher gewann Elisabeth Baume-Schneider die Ausmar- chung gegen Martin Pfister, nachdem die anderen Mitbewerbenden entweder gar keinen Zuspruch, ein paar zaghafte Klatscher oder Unmutsbekundungen geerntet hatten.

Verzetteln als Kunstform

«Wo bini gsi» lautet der Titel seines Bühnenkunststücks. Der Ausspruch kann mit Wortfindungsstörungen zu tun haben oder ist typisch für jene, die vom Hundertsten ins Tausendste kommen. Auch der Komiker schweift gern ab: von sorgsam recherchierten Fakten aktueller Themen zu (lediglich zwei!) Flachwitzen oder in erotische Gefilde. Im Bundesrat vertreten vier Bauern das Volk (sie machen 57 Prozent der Landesregierung aus); das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dieses Wirtschaftszweigs beläuft sich in der Schweiz auf 0,6 Prozent. Das BIP der Kulturwirtschaft beträgt 4 Prozent. Die Schlussfolgerungen kann man sich selbst zusammenreimen.

Patrick Frey ist ein Geschichtenerzähler. Er berichtete unter anderem vom unglücklichen Andi, der wegen seines unbezwingbaren Drangs, den Frauen alles erklären zu müssen, bei ihnen nicht landen kann. Er ermittelte gegen die Glühwein-Mafia. Er brach eine Lanze für ge-



Patrick Frey begeisterte das Publikum in der Kunsthalle Appenzell mit viel schwarzem und viel schrägem Humor. (Bild: Monica Dörig)

druckte Medien (Deep Reading!) und gab Tipps für Small Talk, die in jeder Situation funktionieren. (Sie haben das Potenzial zu Running-Gags.) Patrick Frey ist ausserdem umweltbewusst: Die Hülle der Babybel-Käse formt er zu Geburtstagskuchenkerzli mit Dochten aus Teebeutelchnürchen, wie er vorführte.

Mit der Metapher der Luxusjacht MS Happy Switzerland redete er den Privilegierten ins Gewissen. Beim Aufzählen von Verschwörungstheorien und von Beispielen zur woken Sprachregelung bezüglich Tiernamen echauffierte und verzettelte er sich. Das Verzetteln macht Patrick Frey zur Kunstform. Die Sucht nach Ablenkung

ist Subjekt einer Nummer: Die Zerstreuungsmaschinerie zerstöre unsere Konzentrationsfähigkeit, warnte er. Heutige Menschen lassen sich bereits nach 16 Sekunden Aufmerksamkeit ablenken, ja sie suchen begierig nach Ablenkung.

Freys Wortschöpfungen

Die Kadenz der Wortfeuerwerke betrug (gefühl) meist nicht viel mehr als 16 Sekunden. Die meisten sind keine Verzettelnstrumente, sondern lenken die Aufmerksamkeit dorthin, wo es brennt. Es ging Schlag auf Schlag, Lacheruption auf Schnappatmung. Ohne Hilfsmittel und Requisiten, mit Charisma und voller Energie stand der 76-jährige Grandseigneur der Schweizer Spoken-Word- und Kunstszenen auf der Bühne. Das Publikum zeigte seine Bewunderung mit heftigem Beifall. Damit bedankte es sich auch für die überbordende Fantasie, die Lachanfalle provozierte. Zum Beispiel die Zugabe: Erläuterungen zur Herkunft des Begriffs Biberfladen. Sie gaben dem Publikum den Rest. Patrick Frey präsentierte Forschungsergebnisse, die vor Wortschöpfungen überquollen – alles erfunden, ähnlich dem «Totemügerli» von Franz Hohler, nur nach Freyscher Art: trashig, pfluderig, schlarpig, schlüpf- rig, schlampig und wahnsinnig lustig. Das Publikum in der Kunsthalle Appenzell bedankte sich herzlich für den durchaus geistreichen Abend und selbst Zartbesaitete zeigten sich begeistert vom Comedy-Vulkan der Extraklasse.

AHV-Rente, Homeoffice und eine «unendliche Geschichte»

Rückblick auf die Herbstsession der eidgenössischen Räte von Nationalrat Thomas Rechsteiner («Die Mitte»)

Unlängst ging im Bundeshaus die dreiwöchige Herbstsession zu Ende. Diese beinhaltete nicht nur reich befrachtete Traktandenlisten, sondern auch mehrere Monsterdebatten, die sich teilweise über Stunden erstreckten. Anbei möchte ich Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, Einblicke in einige spannende Geschäfte der letzten Wochen geben:

13. AHV-Rente: Wie bezahlen?

Ab 2026 erhalten Pensionierte eine 13. AHV-Rente. Das Stimmvolk hatte diese im vergangenen Jahr genehmigt. Doch wie sie finanziert wird, war bis jetzt unklar. Verschiedenste Finanzierungsmodelle wurden in den vergangenen Monaten heftig diskutiert, auch im Nationalrat. Bis im Jahr 2030 kostet die zusätzliche AHV-Rente nämlich rund 4,5 Milliarden Franken. Jetzt hat die grosse Parlamentskammer entschieden, dass die 13. AHV-Rente ausschliesslich durch eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozent berappt werden soll. Letztlich ist dies ein grosser Kompromiss, der viele Parlamentarier nicht restlos überzeugt. Ob er den Ständerat überzeugen wird, wird sich weisen.

Mein Minderheitsantrag im Parlament war knapp nicht erfolgreich – bestehend aus Lohnbeiträgen, Mehrwertsteuern und Bundesbeitrag. Erstens forderte ich, die Lohnbeiträge an die AHV um 0,3 Prozentpunkte zu erhöhen und den Lohnbeitrag der finanziell gut ausgestatteten Arbeitslosenversicherung (ALV) von 2,2 auf 2 Prozent zu senken. Damit hätte sich eine Netto-Mehrbelastung von 0,1 Prozentpunkten ergeben – also 0,05 Prozentpunkte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zweitens plädierte ich für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, in einem ersten Schritt um 0,4 Prozentpunkte und später um weitere 0,4 Prozentpunkte, um auch die Aufhebung des Plafonds bei den Ehepaarrenten, wie es auch die «Mitte»-Initiative fordert, zu finanzieren. Allerdings wollte ich diesen Schritt nur bis 2035 möglich machen. Drittens sollte auch der Bundesbeitrag, der nicht gesenkt werden soll, zur AHV-Finanzierung beitra-

gen. Offenbar war mein fein austarierter Vorschlag noch nicht für alle im Nationalratsaal mehrheitsfähig.

«Unendliche Geschichte» Heiratsstrafe

Im Parlament gibt es inzwischen einen grossen Konsens darüber, dass die Heiratsstrafe abgeschafft werden soll. Es kann doch nicht sein, dass im Jahr 2025 verheiratete Paare mehr Steuern bezahlen müssen als unverheiratete. Bereits 1984 hat das Bundesgericht in einem Urteil festgehalten, dass die Heiratsstrafe verfassungswidrig ist und demnach abgeschafft gehört. In diesem Jahr kam auch der Film «Die unendliche Geschichte» ins Kino ...

Vierzig Jahre ist also nichts passiert. Deshalb lancierte die «Mitte» die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe entschieden abschaffen». Diese fordert, dass Ehepaare ihre Einkommen in der Steuererklärung weiterhin zusammenrechnen dürfen und sie dennoch gegenüber unverheirateten Paaren steuerlich nicht benachteiligt werden. Das ist eine gute und faire Lösung. Leider empfahl der Nationalrat die Initiative ganz knapp zur Ablehnung. Nun hat aber das Volk das letzte Wort.

Stattdessen sprach sich der Nationalrat für die Individualbesteuerung aus. Damit soll künftig jede Person, unabhängig vom Zivilstand, selbst eine Steuererklärung ausfüllen. Doch damit wird ein Bürokratiemonster geschaffen. Mehrere Kantone, auch der Kanton Appenzell Innerrhoden, haben deshalb erfolgreich das Kantonsreferendum ergriffen – erst zum zweiten Mal seit 1874. Gleichzeitig sammeln mehrere Parteien Unterschriften gegen den unverhältnismässigen bürokratischen Aufwand. Deshalb kann das Volk bald nicht nur über die «Mitte»-Initiative abstimmen, sondern sich an der Urne auch gegen die Individualbesteuerung aussprechen.

Homeoffice: Gesetz muss flexibler sein

Ebenfalls debattierte der Nationalrat über die gesetzlichen Grundlagen für Home-



Der Innerrhoder Nationalrat Thomas Rechsteiner. (Bild: Keystone / Alessandro della Valle)

office. Spätestens seit der Coronapandemie ist Telearbeit oder Homeoffice in vielen Dienstleistungsbetrieben Realität. Aber unser Arbeitsgesetz wird diesem Fakt längst nicht mehr gerecht. Die Ruhezeiten, das Verbot der Sonntagsarbeit oder der tägliche Arbeitszeitrahmen orientieren sich noch immer an der Fabrikarbeit des letzten Jahrhunderts. Konkret: Wer im Homeoffice um 22 Uhr noch E-Mails beantwortet, dürfte eigentlich am nächsten Tag frühestens um 9 Uhr wieder die Arbeit aufnehmen, ansonsten gilt die Ruhezeit als nicht eingehalten. Wer um 7 Uhr zu arbeiten beginnt, am Nachmittag auf die Kinder aufpasst, dürfte am Abend nicht nochmals den Laptop einschalten, weil die Arbeit nur innerhalb eines Zeitrahmens von 14 Stunden erledigt werden darf. Auch am Sonntag dürften Mails nur gelesen werden, wenn dies behördlich bewilligt worden ist. Obwohl ich den Sonntag als Ruhetag schätze, ist das längst realitätsfremd. Viele Arbeitnehmende kön-

nen ihre Arbeit freier einteilen und so Familie und Beruf besser unter einen Hut bringen oder Stautunden ausweichen. Deshalb benötigt es nun Anpassungen und mehr Flexibilität im Arbeitsrecht. Der Nationalrat hat in der Herbstsession einer entsprechenden Gesetzesänderung zugestimmt – ohne dass dabei der Arbeitnehmerschutz aufgeweicht wird.

PFAS: Es braucht Lösungen für Industrie

Unter anderem befasste sich der Nationalrat im Rahmen einer halbtägigen Sondersession mit der PFAS-Thematik. PFAS-Chemikalien kommen in vielen Alltagsprodukten vor, etwa in Verpackungen, Bratpfannen oder Feuerlöschschaum. Die bauen sich nur schlecht ab, belasten Böden und Gewässer über Jahrzehnte. Die Ewigkeitschemikalien gelangen über Trinkwasser und Nahrung zudem in den menschlichen Körper. Deshalb will die EU nun PFAS-Chemikalien verbieten und strengere Grenzwerte beim Trinkwasser

introduzieren. Dies könnte auch Folgen für die Schweiz haben. Eine Übernahme aller EU-Vorgaben erachte ich als heikel. Kürzlich reichte ich daher die Motion «PFAS-Grenzwerte mit realistischen Begleitmassnahmen» ein. Darin forderte ich eine gesetzliche Grundlage, damit die wirtschaftlichen Auswirkungen neuer Grenzwerte für Industrie und die Landwirtschaft abgedeckt werden. Neue Grenzwerte dürfen nicht dazu führen, dass einwandfrei arbeitende Landwirtschafts- und Industriebetriebe unverhältnismässig belastet werden. Für betroffene Betriebe müssen auch Ausnahmen möglich sein, wenn sie an Reduktionsmassnahmen mitwirken. Der Nationalrat hat meine Motion jetzt entgegen der Empfehlung des Bundesrats klar angenommen. Nun geht das Geschäft in den Ständerat.

Parlament heisst Kantonsverfassung gut

Die Innerrhoder Landsgemeinde nahm im vergangenen Jahr die totalrevidierte Kantonsverfassung an. Damit eine Kantonsverfassung in Kraft gesetzt werden kann, müssen National- und Ständerat ihr zuerst zustimmen. Das Parlament nahm diese sogenannte «Gewährleistung» nun während der Herbstsession vor – und dies war in diesem Fall reine Formalität. Die Gewährleistung wird nur verweigert, wenn sich die kantonale Verfassungsnorm jeder bundesrechtskonformen Auslegung entzieht. Mit dieser Gewährleistung wird «garantiert», dass die Verfassungen der Kantone den bundesrechtlichen Anforderungen genügen.

Sonnige Herbsttage

Mit dem Sessionsende wird es in Bundesbern vorübergehend wieder etwas ruhiger. Es stehen nämlich wieder intensive Kommissionsitzungen bis zur Dezember-session an. Ich wünsche Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, noch einige sonnige Herbsttage und danke für die Lektüre. Von mir lassen Sie an dieser Stelle spätestens nach der Wintersession im Dezember wieder.

Thomas Rechsteiner
Nationalrat Appenzell Innerrhoden